Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 30 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 4. Februar 1933

Warnung und Mahnung.

Der Vierjahresplan — Das „Risiko" — Genfer Jubiläum.

„Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrissen sein; binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein", — vielleicht darf man diese beiden Sätze im Aufruf der Reichsregierung als die wichtigsten betrachten. Denn sie umreißen einmal das Ziel der Politik, des Handelns der neuen Reichsregierung, und andererseits tun sie dies mit nüchterner Ehrlichkeit. Das deutsche Volk hat nicht weniger als einundzwanzigmal, vom Rat der Volksbeauftragten an bis zu der mittels Rundfunk verbreiteten Rede von Schleichers, Regierungserklärungen über sich ergehen lassen müssen; einundzwanzigmal entwickelte ein neues Kabinett sein „Programm". Und sobald diese Programme auf die — Wirklichkeit stießen, dann pflegten sie mehr oder weniger schnell zu zerbröckeln. Denn die Wirklichkeit war härter. Infolgedessen hatte das deutsche Volk sich allmählich gegen Regierungsversprechungen ebenso mit Mißtrauen angefüllt wie gegen Wahlversprechungen. Die neue Reichsregierung rechnet aber mit dieser Wirklichkeit und spricht das auch offen und ehrlich aus. Sie kann nicht hexen und sagt das auch. Sie erklärt, vier Jahre zu dem großen Sanierungswerk zu brauchen. Vier Jahre — das ist eine Reichstagsperiode. Vier Jahre — solange dauerte es, bis die Weltwirtschaftskrise im allgemeinen, die deutsche Krise im besonderen ihren tiefsten Punkt erreichte, von dem aus sich die Wirtschaft ganz langsam wieder aufwärts zu bewegen anschickt. Vier Jahre — in diesem Wort liegt eine Warnung und eine Mahnung. Es gibt keine Patentmedizin für den Kranken, der vor vier Jahren von der ihm bereits in den Knochen steckenden Krankheit auf das Lager geworfen wurde und seitdem immer siecher wurde. Für ihn gibt es kein Heilmittel, das ihm in kürzester Zeit die alte Kraft wieder bescheren könnte. Menschen oder Parteien, die ihm das verheißen, sind Kurpfuscher oder Schlimmeres. „Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten", heißt es im Aufruf der Reichsregierung. Und eine Mahnung: Abwärts geht es immer sehr viel schneller als aufwärts. Und nur unter schärfster Anspannung der gesammelten Kräfte kann es möglich sein, jene Etappe zu erreichen, die im Aufruf der Reichsregierung angedeutet wird, — als Ziel, das man nicht im Sturmlauf gewinnen kann, als eine Aufgabe, die der Aufruf mit — leider — nur allzu viel Recht als „gigantisch" bezeichnet. Und die zu bewältigen es eben der Frist von Jahren bedarf.

*

Natürlich sieht sich das neue Kabinett nicht bloß etwa gestellt vor einen Berg von Aufgaben, sondern ist genötigt, unmittelbar diese Aufgaben anzupacken. Gleich eine der wichtigsten davon ist ja zur Zeit in Behandlung: die Konferenz mit den Vertretern jener Staaten, die sich entschlossen haben, ihre uns gewährten Kredite stehenzulassen. Gern taten sie es nicht im August 1931 und auch nicht ganz freiwillig. Aber auch billig taten sie es nicht, sondern sie haben „uns weidlich schwitzen machen". Besonders jene lieben Nachbarn, die schon während des Krieges Unsummen an Deutschland verdient haben. Und die nach der deutschen Inflation sehr bald flüchtendes Kapital aus Deutschland mit bereitwilligst geöffneten Armen aufnehmen konnten. So breit strömten diese Geldmassen in die Schweiz und nach Holland, daß man dort schließlich kaum noch wußte, wohin mit diesem „Segen"! Am liebsten lieh man dieses Geld aus an — Deutschland. Die holländischen und Schweizer Banken zahlten für dieses ihnen zur Verfügung gestellte Fluchtkapital nur lächerlich geringe oder gar keine Zinsen. Aber von der deutschen Wirtschaft, der sie dieses Geld als Kredit gegeben haben, nahmen sie desto höhere! Es sei nämlich wegen der innenpolitischen Unruhe in Deutschland, seiner außenpolitischen Spannungen mit Frankreich und wegen der Tributlasten kolossal riskant, in Deutschland Geld anzulegen! Langfristig — das käme überhaupt nicht in Betracht; höchstens kurzfristig. Und dann, bitte, nur gegen sehr hohe Zinsen, denn, wissen Sie, das Risiko, dieses Risiko in Deutschland!

*

Gewiß ist es bei uns in den letzten Jahren bisweilen politisch recht kunterbunt zugegangen, geschah auch so manches, was dem deutschen Wirtschaftsleben und seinen Führern nicht gerade zur Zierde gereichte. Aber im August 1931 standen die ausländischen Gläubiger vor der Notwendigkeit, entweder in ein Vergleichsverfahren mit den deutschen Schuldnern einzuwilligen oder einen glatten Konkurs der deutschen Wirtschaft zu erleben, der ihnen auch ihr Geld gekostet hätte. Sie zogen, wie das auch im gewöhnlichen Leben heute zu geschehen pflegt, das erstere vor. Sie akkordierten mit uns. Immer auf ein halbes Jahr. — aber zu überhöhten Zinsen, die erst im Laufe der Zeit ein wenig heruntergesetzt wurden. Jetzt verhandelt man in Berlin wieder darüber. Es ist ein Unding, daß wir unseren Gläubigern 6 Prozent Zinsen zahlen sollen und sie selbst kriegen, wenn sie an der Newyorker, Londoner oder Pariser Börse Geld ausleihen, dort nur 2 bis 2,5 Prozent Zinsen. Die Differenz ist also enorm; aber so groß ist das Risiko für die Kredithergabe an Deutschland denn nun doch nicht! Ein ganz besonderes Unding aber sind diese hohen Zinssätze auch deshalb, weil unsere sehr verehrten Herren Gläubiger von uns zwar Geld wollen — was sich natürlich nur in Warenexport bezahlen ließe —, aber ihre Grenzen immer energischer gegen diesen deutschen Export mit Zöllen zusperren. Da müssen sie ihr Geld halt in Deutschland stehen lassen! Es steht da schon sicher!

Daran ändert natürlich auch der innenpolitische Lärm gar nichts. Aber — Im Namen der Muse Klio, die die Taten und Ereignisse der Geschichte verzeichnet, und Im Namen des Völkerbundes einschließlich Amerikas, Japans und Sowjetrußlands! — wir hätten doch eigentlich zunächst einmal dazu verurteilt gewesen sein müssen, ein Jubiläum zu begehen! Den Jahrestag des Beginns der Abrüstungskonferenz, ein bekanntlich „welthistorisches" Ereignis, — so hat man damals vielleicht gedacht, geglaubt, gehofft. Für Deutschland ist seither nur die grundsätzliche Gleichberechtigung dabei als schwer erkämpftes Ergebnis herausgekommen. Vielleicht aber haben gewisse Leute in Genf und Paris — vielleicht auch in London — zwar nicht diesen Tag gefeiert, wohl aber — die neue Regierung in Deutschland! Weil sie nämlich glaubten und hoffen, diese Regierung werde ihnen die Möglichkeit geben, jenes mühsam abgezwungene Zugeständnis wieder zurücknehmen zu können. Sie wurden rasch enttäuscht. Denn sie konnten sofort im Aufruf der neuen deutschen Regierung hören: „Wir wären beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung eigener Waffen niemals mehr erforderlich machen würde."

Welche Mahnung, aber auch welche Warnung damit ausgesprochen wurde, — darüber dürften nicht bloß wir Deutschen, sondern auch die Welt sich nicht im unklaren sein!

Dr. Br.

Reichsregierung berät neue Maßnahmen

Die „Schubladenverordnung".

Neue Regierungsmaßnahmen.

Die Reichsregierung ist auch am Freitag zu wichtigen Beratungen zusammengetreten, und zwar wurden die Verhandlungen über die politische Lage und die Besprechungen über Personalfragen fortgesetzt. Bei den Beratungen spielt auch die Frage der Sicherung der Ruhe in Deutschland eine Rolle.

Im Zusammenhang hiermit waren in der politischen Öffentlichkeit Gerüchte verbreitet, daß die Regierung eine besondere Antiterrornotverordnung vorbereite, und daß darüber Referentenbesprechungen im Reichsinnenministerium und Reichsjustizministerium stattfinden. Von zuständiger Stelle wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß keine Terrornotverordnung beabsichtigt sei, ebenso auch keine Erweiterung der jetzt gültigen Rechtsbestimmungen der Todesstrafe und keine Verordnung über die Wiedereinführung von Sondergerichten.

Es hätten in der letzten Zeit allerdings im Reichskabinett angesichts der Zunahme der Ruhestörungen Erwägungen geschwebt, die aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Es wird darauf hingewiesen, daß Reichsminister Dr. Frick bereits in seiner ersten Erklärung vor der deutschen Presse am Montagabend ausgeführt habe, daß die Reichsregierung nur dann zu außerordentlichen Maßnahmen greifen würde, wenn sie von der anderen Seite dazu gezwungen werden sollte.

Bei den Beratungen im Kabinett spielt die Verordnung eine Rolle, die der frühere Reichskanzler von Schleicher unter dem Titel „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vorbereitet hatte, die in politischen Kreisen unter dem Spitznamen „Schubladenverordnung" kursiert. Bei der Reichsregierung wird die Frage erwogen, in welchem Umfange diese Verordnung etwa abgeändert werden könnte, vor allem in dem Bestreben der jetzigen Regierung, die Meinungsfreiheit der sachlich eingestellten Presse so wenig wie möglich anzutasten.

Die Reichskommissare für Preußen werden zu ihrer ersten Sitzung unter dem Vorsitz des neuen Reichskommissars für das Land Preußen, von Papen, voraussichtlich Anfang nächster Woche zusammentreten. Bei dieser Gelegenheit werden vermutlich auch wichtige Personalfragen erledigt werden.

Maßnahmen gegen Pressefeausschreitungen

Die Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett setzte am Freitagabend in fast zweistündiger Sitzung die politische Aussprache fort. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Wie verlautet, befaßte sich das Kabinett insbesondere mit den Maßnahmen, die gegen Pressefeausschreitungen ergriffen werden sollen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Verordnung hierüber bereits am Sonnabend erlassen wird. Wirtschaftliche Fragen wurden in der Kabinettssitzung nicht erörtert.

Unter der Überschrift „Maßnahmen gegen die volkszerstörende Hetze in Presse und Versammlung" schreibt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz unter anderem, es werde dafür gesorgt werden, daß dem geistigen Terror der antinationalen Lügenfront alsbald das Handwerk gelegt und den Drahtziehern zum Bewußtsein gebracht werde, daß eine neue Zeit in Deutschland angebrochen sei. Die gesetzlichen Handhaben, die zu einem solchen, nicht mehr aufschiebbaren Vorgehen gegen die volksverräterischen Hetzer in Wort und Schrift benötigt würden, seien in Vorbereitung und würden nicht mehr länger auf sich warten lassen.

Schreiben des Reichspräsidenten an Popitz

Bestätigung als Stellvertretender Reichskommissar.

Reichspräsident von Hindenburg richtete an den Reichsminister Dr. Popitz ein Schreiben, in dem eingangs dem aus dem Amte als Reichsminister ohne Geschäftsbereich Scheidenden Dank und Anerkennung für seine dem Reich geleisteten Dienste ausgesprochen wird. Der Reichspräsident sagt dann: „Mit Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß Sie Ihre große Sachkunde und wertvolle Erfahrung auch fernerhin dem Reiche und Preußen als Stellvertretender Reichskommissar für den Geschäftsbereich des Preußischen Finanzministeriums zur Verfügung stellen. Daß diese Ihre Arbeit in enger Verbindung mit der Reichsregierung fortgesetzt wird, halte auch ich für eine Voraussetzung erfolgreichen Wirkens."

*

Die Neubesetzung des preußischen Kultusministeriums.

Rust zum Nachfolger Kaehlers ausersehen.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, Studienrat a. D. Bernhard Rust, ist an Stelle des zurückgetretenen Professor Kaehler zum kommissarischen preußischen Kultusminister ausersehen. Seine Ernennung dürfte bald erfolgen.

*

Ad. Hitler vor der ausländischen Presse

Berlin, 4. Februar. Die Associated Preß veröffentlicht nach einer Meldung des Völk. Beob. eine Unterredung des Reichskanzlers Hitler mit ihrem Chefkorrespondenten. Auf die Frage nach einer Erläuterung des Vierjahresplanes der Regierung antwortete Reichskanzler Hitler: „Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandarede für meine Partei hätte vortragen wollen, so hätte ich versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. 3. verschwunden sein würde, und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre; aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen gemacht. Es ist unmöglich, das Staatsschiff sogleich in den rechten Kurs zu bringen. Dazu bedarf es Zeit. Alles, was ich verlange, sind vier Jahre." Lächelnd fügte der Kanzler hinzu: „Denken Sie daran, daß ich beharrlich bin. Ich habe starke Nerven. Wenn ich nicht voll Entschlußkraft wäre, so stände ich heute nicht vor Ihnen."

Im Anschluß an diese kurze Unterredung wurde eine Reihe Korrespondenten der englischen und der amerikanischen Presse empfangen, vor denen der Kanzler u. a. erklärte: „Ich hoffe, die Welt weiß, was in Deutschland vorgeht; ich appelliere an die Weltpresse, kein voreiliges Urteil über die Ereignisse, die jetzt ablaufen, zu fällen. Ich bitte Sie, die neue Regierung nach ihren Taten zu richten, und die Taten selbst in ihrer Gesamtheit zu nehmen und nicht etwa in isolierte Teilabschnitte zu zerpflücken."

*

Was wird aus dem Preußenparlament?

Der Sitzung des Preußischen Landtages, der am Sonnabend zusammentritt, um über den von den Nationalsozialisten eingebrachten Auflösungsantrag zu beschließen, sieht man in politischen Kreisen mit stärkstem Interesse entgegen. Die nationalsozialistische Fraktion hat ihren Auflösungsantrag, der die sofortige Auflösung des Landtages verlangte, dahin geändert, daß die Auflösung erst am 4. März in Kraft treten soll. Wie es heißt,

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF